

# Bericht

## des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

### über den Antrag 158/A(E) der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend VerbraucherInnenbildung und -forschung

Die Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Antrag am 17. Juni 2003 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Eine offensive KonsumentInnenpolitik erfordert verbraucherInnenorientierte Grundlagenarbeit und VerbraucherInnenbildung. Im Wissenschafts- und schulischen Bildungsbereich wird den konsumentInnenrelevanten Sachverhalten derzeit in Österreich nur minimale Aufmerksamkeit zuteil (vgl. Gastkommentar v. Dr. Karl Kollmann in ‚Konsumentenschutz‘, 9. Jg., 1/03, S. 3). Da KonsumentInnen immerhin neben den ProduzentInnen von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung sind, wirken sich geringe Warenkenntnis, wenig grundlegendes Rechtswissen, mangelnder kritischer Umgang mit Marketing und Werbung, geringe praktische ökonomische Kenntnisse mit den daraus resultierenden Überschuldungsproblemen gesamtökonomisch ungünstig aus. Innerhalb der konsumentInnenpolitischen Konzeption der EU nimmt die/der mündige und informierte Verbraucherin einen entscheidenden Stellenwert im Sinne einer innovativen Wettbewerbspolitik ein.

VerbraucherInnenforschung über Formen der VerbraucherInnenarbeit und grundsätzliche Bildungsinhalte der Schulen in VerbraucherInnenfragen bildet eine Voraussetzung dazu. Im Gegensatz zur BRD, wo in einem umfangreichen Forschungsverbund ‚Empirische Verbraucherforschung‘ viele Grundlagen erarbeitet wurden und ein vielfältiges universitäres Angebot an verbraucherInnenbezogenen Wissen und Ausbildungsmöglichkeiten existiert, wird in Österreich dieser Problembereich forschungs- und bildungsmäßig vernachlässigt.“

Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung hat den erwähnten Antrag erstmals in seiner Sitzung am 14. Mai 2004 in Verhandlung genommen. Nach der Berichterstattung durch den Abgeordneten Dr. Kurt **Grünewald** ergriffen in dieser Sitzung die Abgeordneten Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler**, Dr. Kurt **Grünewald**, Heidrun **Walther**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Werner **Amon**, MBA, und die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer** in der Debatte das Wort.

Aufgrund eines Antrages des Abgeordneten Dipl.-Ing. Mag. Roderich **Regler** beschloss der Ausschuss mit Stimmenmehrheit, die Verhandlung über die Vorlage zu vertagen.

In der Sitzung am 9. Juni 2004 nahm der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung die Verhandlung über den gegenständlichen Entschließungsantrag wieder auf. An der Debatte beteiligten die Abgeordneten Josef **Broukal**, Dr. Gertrude **Brinek**, Dr. Kurt **Grünewald**, Mag. Dr. Magda **Bleckmann**, Mag. Johann **Moser**, Carina **Felzmann**, Mag. Werner **Kogler**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dr. Andrea **Wolfmayr**, Heidrun **Walther**, Martin **Preineder**, Peter **Bayr**, Johann **Kurzbauer**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Mag. Karin **Hakl**, Kai Jan **Krainer**, Mag. Dr. Alfred Brader, Dipl.-Ing. Elke **Achleitner** sowie der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Vizekanzler Hubert **Gorbach** und die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Elisabeth **Gehrer**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2004 06 09

**Mag. Heribert Donnerbauer**

Berichterstatter

**Mag. Dr. Magda Bleckmann**

Obfrau